

Allgemeine Geschäftsbedingungen für das Info-Dienst-Angebot aus dem Bundesanzeiger

1. Allgemeines

Die Veröffentlichungstage des Bundesanzeigers sind Montag bis Freitag, mit Ausnahme gesetzlicher Feiertage. Zu veröffentlichende Beiträge werden in der Regel ab 15 Uhr an den Erscheinungstagen in die verschiedenen Teile und Rubriken des Bundesanzeigers eingestellt. Abweichende Publikationszeiten, zum Beispiel an Heiligabend und Silvester, werden im Internetrechtzeitig bekannt gegeben.

2. Leistungsangebot

Der Bundesanzeiger Verlag bietet seinen Kunden über die Webseite des Bundesanzeigers (www.bundesanzeiger.de) die Möglichkeit der Einrichtung von standardisierten und individualisierten Info-Diensten. Die Informationen werden in Form von HTML- und/oder PDF-Dateien an die E-Mail-Adresse des Empfängers übermittelt oder zum Download angeboten. Der Empfänger hat dem Bundesanzeiger Verlag eine gültige E-Mail-Adresse zu nennen. Eine genaue Beschreibung der Inhalte und der Formate ist den Einzelbeschreibungen der Info-Dienste zu entnehmen. Die Bereitstellung von Daten und Informationen aus diesen Info-Diensten erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Empfängers. Der Bundesanzeiger Verlag behält sich das Recht vor, diese Dienstleistungen zu modifizieren und zu verbessern. Diesbezügliche Informationen werden auf www.bundesanzeiger.de im Voraus bekannt gegeben.

3. Preise und Zahlungsbedingungen

Die auf der Webseite des Bundesanzeigers dargestellten Bezugspreise (siehe Preisliste unter www.bundesanzeiger.de) werden jährlich im Voraus in Rechnung gestellt und sind ohne Skonto oder sonstige Abzüge sofort zu bezahlen. Der Bundesanzeiger Verlag ist berechtigt, bei Zahlungsverzug die Datenlieferungen ohne vorherige Ankündigung einzustellen. Bei allen Zahlungen bitten wir unbedingt die Rechnungs-Nummer anzugeben. Zahlungen werden auf das Konto bei der Postbank Köln 3 99-509 (BLZ 370 100 50), IBAN:DE 57 3701 0050 0000 3995 09, BIC-Code: PBNKDEFFXXX, erbeten.

4. Laufzeit/Kündigungen

Kündigungen sind zum Ende der Laufzeit eines Abonnements möglich. Die Abonnementlaufzeit beträgt zwölf Monate ab Bestelldatum. Kündigungen müssen bis zum 15. des Vormonats vor Ende der Abonnementlaufzeit online über den Bundesanzeiger www.bundesanzeiger.de vorgenommen werden. Eine Annahmeverweigerung von Datenlieferungen gilt nicht als Kündigung. Ohne rechtzeitig vorgenommene Kündigung verlängert sich das Abonnement automatisch jeweils um ein weiteres Jahr. Datenlieferungen aus den Info-Diensten können von dem Kunden auch während der Laufzeit des Abonnements eingestellt oder unterbrochen werden. Ein Anspruch auf Erstattung des anteiligen Abonnementbetrages entsteht hierdurch jedoch nicht. Nutzer der Firmenselektion innerhalb der Premiumversion „Bundesanzeiger direkt – plus“ können auch während der regulären Laufzeit ihres Abonnements zur Basisversion „Bundesanzeiger direkt“ wechseln. Ein Anspruch auf Erstattung des anteiligen Abonnementbetrages entsteht hierdurch jedoch nicht.

5. Gewährleistung

- a) Der Bundesanzeiger Verlag übernimmt keine Gewähr, dass die angebotenen Daten den Kundenerwartungen entsprechen, damit ein bestimmtes Kundenziel erreicht werden kann oder die Daten frei von Urheberrechten Dritter sind.
- b) Fehlerhafte Daten (z. B. bei Abweichungen zu den veröffentlichten Daten) werden nach schriftlicher nachvollziehbarer Fehlerbeschreibung durch den Kunden, soweit möglich, umgehend vom Anbieter behoben. Eine Gewährleistung für Richtigkeit und Vollständigkeit der Daten wird ausgeschlossen, ebenso die Gewährleistung, dass die Anwendung oder die darin enthaltenen Daten den Anforderungen oder den Erwartungen des Nutzers entsprechen.
- c) Ist bei fehlerhaften Daten eine Nachbesserung bzw. Nachlieferung innerhalb angemessener Frist nicht möglich, kann der Kunde anteilige Minderung verlangen. Der Bundesanzeiger Verlag ist nur zu maximal zwei Nachbesserungsversuchen verpflichtet. Das Recht auf Rücktritt vom Vertrag wird auf das Vorliegen von wesentlichen Mängeln beschränkt. Dies gilt nach Maßgabe des § 475 BGB nicht für Verträge mit Verbrauchern.
- d) Reklamationen sind schriftlich, soweit sie die Zustellung bei Abonnements betreffen unverzüglich, bei sonstigen Beanstandungen offensichtlicher Mängel innerhalb einer Woche nach Eingang der Sendung, beim Bundesanzeiger Verlag geltend zu machen.
- e) Schadensersatzansprüche des Käufers wegen verspäteter oder unterbliebener Lieferung sind ausgeschlossen (ausgenommen sind für Verbraucher die Fälle des § 309 Nr. 7/8a BGB).

6. Nutzung

- a) Es ist dem Kunden nur gestattet, die von ihm aus den Daten entnommenen Informationen auszudrucken. Ein darüber hinausgehendes Publikationsrecht steht dem Kunden genauso wenig zu, wie die von ihm ausgedruckten Informationen zu vervielfältigen, abzuändern, zu verbreiten, nachzudrucken, dauerhaft zu speichern, insbesondere zum Aufbau einer Datenbank zu verwenden oder an Dritte weiterzugeben. Alle ihm zustehenden Urheberrechte behält sich der Bundesanzeiger Verlag vor.
- b) Der Bundesanzeiger Verlag ist jederzeit berechtigt, in Bezug auf die vereinbarte Nutzung oder eine widerrechtliche Inanspruchnahme oder Weitergabe der bezogenen Daten die Nutzung zu überprüfen und dem betreffenden Kunden die Zugangsberechtigung zu seinen Angeboten gegebenenfalls zu entziehen. Weitere rechtliche Schritte behält sich der Bundesanzeiger Verlag vor.
- c) Ausgenommen von dieser Regelung ist die Nutzung der Daten aus der Rubrik „Aktionärsforum“.

7. Haftung

- a) Eine Haftung ist insbesondere ausgeschlossen für fehlerhafte Daten, die auf unrichtigen Eingaben in den liefernden Quellen oder aus fehlerhafter Übermittlung aus diesen Quellen beruhen.
- b) Generell haftet der Bundesanzeiger Verlag nur für vorsätzliches oder grob fahrlässiges Handeln seiner gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen, es sei denn es handelt sich um die Verletzung von Kardinalpflichten. Diese Haftungsbegrenzung gilt für alle vertraglichen und gesetzlichen Ansprüche.
- c) Der Bundesanzeiger Verlag haftet nicht für Schäden aus höherer Gewalt.
- d) Sofern der Bundesanzeiger Verlag haftet, ist die Haftung auf vertragstypisch vorhersehbare Schäden beschränkt. Die Haftung ist in diesen Fällen begrenzt auf 2.500,-- EUR pro Schadensfall und insgesamt auf 25.000,-- EUR. Ansprüche dieser Art sind spätestens innerhalb von 10 Tagen nach dem angeblichen Auftreten des Fehlers etc. schriftlich anzumelden.

- e) Der Bundesanzeiger Verlag haftet nicht für Mängel oder Schäden, die von Dritten verursacht werden.
- f) Der Kunde haftet für die Richtigkeit der von ihm bei der Registrierung angegebenen Daten.
- g) Aus technischen und betrieblichen Gründen sind zeitweilige Beschränkungen und Unterbrechungen des Zugangs zu diesem Online-Service nicht völlig auszuschließen. Soweit eine Haftung der Bundesanzeiger Verlag GmbH für die mangelnde Verfügbarkeit der Internetplattform in Betracht kommt, ist diese auf Fälle der grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Zugangsunterbrechung oder Beschränkung der Verfügbarkeit begrenzt.
- h) Soweit Geschäftsbedingungen oder Informationen auf den Webseiten des Verlags in verschiedenen Sprachversionen zur Verfügung gestellt werden, gilt ausschließlich die jeweils deutsche Fassung, insbesondere bezüglich der Interpretation und Auslegung der verwendeten Formulierungen. Andere Sprachversionen (Übersetzungen) sind als reine Serviceleistung des Verlags zu verstehen.

8. Datenschutz

- a) Der Bundesanzeiger Verlag weist gemäß § 33 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz darauf hin, dass die Nutzerdaten der Kunden in maschinenlesbarer Form gespeichert und im Rahmen interner Abrechnungs- und Auswertungsverfahren verarbeitet werden. Datenschutzrechtliche Bestimmungen werden eingehalten.
- b) Der Kunde verpflichtet sich, bei der Nutzung der Bundesanzeiger-Daten die Bestimmungen der in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Datenschutzgesetze einzuhalten.

9. Sonstiges

Sofern nicht bereits erwähnt, kommen im Anbieter-Kunden-Verhältnis die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Bestimmungen aus Datenschutzrecht, Urheberrecht und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen zur Anwendung.

10. Salvatorische Klausel/AGB

Die Bereitstellung von Info-Diensten (ein Info-Dienst ist ein elektronisches Abonnement) aus dem Bundesanzeiger erfolgt auf der Grundlage dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Es gelten jeweils die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses angezeigten Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Von diesen Bedingungen abweichende Regelungen werden nicht anerkannt. Anderslautenden Einkaufsbedingungen der Auftraggeber wird hiermit ausdrücklich widersprochen. Sie werden auch dann nicht anerkannt, wenn wir diesen nicht nochmals nach Eingang bei uns ausdrücklich widersprechen. Alle in diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthaltenen Bestimmungen sind teilbar und getrennt von den übrigen Bestimmungen zu beurteilen, sofern eine oder mehrere Bestimmungen unwirksam sind. Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen hiervon nicht berührt. Vielmehr gilt anstelle der unwirksamen Bestimmungen eine dem Zweck der Bedingungen entsprechende oder zumindest nahe kommende Ersatzbestimmung, die die Vertragsparteien bei Kenntnis der Unwirksamkeit vereinbart hätten.

11. Nebenabreden

Es bestehen keine weiteren Nebenabreden außerhalb des Vertrages und diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Sämtliche Änderungen und Ergänzungen sowie Nebenabreden und Sondervereinbarungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Bestätigung durch den Bundesanzeiger Verlag. Dies gilt auch für eine Aufhebung des Schriftformerfordernisses. Auf eine Einhaltung dieser Formvorschrift kann von keinem der Vertragsabschließenden verzichtet werden.

12. Maßgebliche Sprachversion

Soweit Geschäftsbedingungen oder Informationen auf den Webseiten des Verlags in verschiedenen Sprachversionen zur Verfügung gestellt werden, gilt ausschließlich die jeweils deutsche Fassung, insbesondere bezüglich der Interpretation und Auslegung der verwendeten Formulierungen. Andere Sprachversionen (Übersetzungen) sind als reine Serviceleistung des Verlags zu verstehen.

13. Online-Streitbeilegung

Online-Streitbeilegung gemäß Art. 14 Abs. 1 ODR-VO: Die Europäische Kommission stellt eine Plattform zur Online-Streitbeilegung (OS) bereit, die Sie unter <http://ec.europa.eu/consumers/odr/> finden. Wir weisen darauf hin, dass wir an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherstreitschlichtungsstelle nicht teilnehmen.

14. Deutsches Recht/Herausgeberschaft/Erfüllungsort/Gerichtsstand

Es gilt ausschließlich deutsches Recht.

Herausgeber des „Bundesanzeigers“ ist das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz mit Hauptsitz in Berlin.

Für den Fall, dass es sich bei dem Vertragspartner des Verlages um einen Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen handelt, ist der Erfüllungsort und Gerichtsstand für beide Teile Berlin.

15. Widerrufsbelehrung

Folgende Widerrufsbelehrung richtet sich ausschließlich an Verbraucher im Sinne von § 13 BGB, d.h. an natürliche Personen, die den Vertrag zu einem Zweck abschließen, der weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbstständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann.

Widerrufsbelehrung für digitale Inhalte

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, Tel.: (02 21) 9 76 68-0, Fax: (02 21) 9 76 68-278, service@bundesanzeiger.de, mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelt berechnet.

Die Bundesanzeiger Verlag GmbH verzichtet auf die Rückgabe des digitalen Inhalts, sofern der Verbraucher versichert, den digitalen Inhalt unwiderruflich gelöscht zu haben.

Verzicht auf das Widerrufsrecht

Das Widerrufsrecht erlischt, wenn der Verlag auf ausdrücklichen Wunsch des Kunden mit der Ausführung des Vertrags vor Ablauf der gesetzlichen Widerrufsfrist beginnt. Der Kunden verzichtet hierbei ausdrücklich auf sein Widerrufsrecht.

Muster-Widerrufsformular

(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück.)

- An **Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, Fax: (02 21) 976 68-278, service@bundesanzeiger.de:**
- Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden Waren (*)/ die Erbringung der folgenden Dienstleistung (*)
- Bestellt am (*)/erhalten am (*)
- Name des/der Verbraucher(s)
- Anschrift des/der Verbraucher(s)
- Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier)
- Datum

(*) Unzutreffendes streichen.